Nummer 166

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: i.V.: Arnold Seglitz, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 73. Jahrgang Sonnabend, 7. April 1928

Gilberts und Köhlers Romfahrt

Der neue Abschnitt in der Weltschuldenfrage.

EP Rom, 6. April.

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat sich bei seiner Ankunft in Rom auf die Mitteilung beschränkt, er bleibe zur Erledigung von Aufgaben, die sein Amt als Reparationsagent beträfen, drei bis vier Tage in Rom. Die Regierungsblätter kündigen auch eine Begegnung mit Mussolini an, da der Reparationsagent über die neue Entwicklung der Reparationsfrage mit den Staatsmännern Fühlung nehmen will. Die genannten Blätter äußern sich sehr zurückhaltend über den Zweck des Besuches, betonen aber den Standpunkt Italiens, die Reparationsfrage gemeinsam mit den Kriegsschulden zu regeln.

Finanzminister Köhler befindet sich bereits seit mehreren Tagen in Rom, ohne daß seine Anwesenheit bekannt geworden ist. Die „Tribuna" nimmt dem Besuch Dr. Köhlers insofern besondere Bedeutung bei, als sie ihn nicht nur für den besten Kenner der deutschen Finanzlage hält, sondern ihm auch als Westdeutschen und Zentrumsmann das Vertrauen Marx' und Stresemanns beilegt. Man sieht den bevorstehenden Verhandlungen mit Spannung entgegen, obgleich man im Hinblick auf die übliche Zurückhaltung der amtlichen Stellen und den besonderen Charakter des Verhandlungsgegenstandes damit rechnet, daß sich die Oeffentlichkeit mit wenigsagenden Kommuniqués begnügen muß. **Im allgemeinen hält man den Boden für die deutschen Wünsche nicht ungünstig** und weist besonders scharf den amerikanischen Standpunkt zurück, der gegen jede Verquickung der interalliierten Kriegsschulden und Reparationen ist.

Berliner Dementi?

Die Telegraphen-Union teilt mit: An zuständiger Berliner Stelle weist man darauf hin, daß der Osterbesuch des Reichsfinanzministers Dr. Köhler in Rom privater Natur sei und der Minister lediglich als gläubiger Katholik zu dieser Zeit nach Rom gefahren sei. Bekanntlich befinden sich auch andere Zentrumspolitiker zur Zeit in Rom. Die Tatsache, daß Dr. Köhler dort weilt, während gleichzeitig der Reparationsagent Parker Gilbert in Rom mit dem Finanzminister Volpi Besprechungen abhält, wird als zufällig bezeichnet. Die Anwesenheit Parker Gilberts in Rom dürfte sich daraus erklären, daß von italienischer Seite eine Aussprache als erwünscht angesehen wurde, nachdem Parker Gilbert bereits mit anderen Regierungen wegen der Reparationsfrage Fühlung genommen hatte. Man weist hier darauf hin, daß Köhler und Parker Gilbert viel besser in Berlin die Möglichkeit gehabt hätten, sich miteinander auszusprechen, und zu diesem Zweck nicht hätten nach Rom zu fahren brauchen. Dennoch fällt auf, daß mit dem Reichsfinanzminister auch der Leiter der Presseabteilung des Reichsfinanzministeriums, Brandt, der gleichfalls dem Zentrum angehört, nach Rom gefahren ist.

Paris predigt Widerstand.

TU Paris, 7. April.

Wie der römische Korrespondent des „Echo de Paris" meldet, mißt man in politischen Kreisen der Anwesenheit des deutschen Finanzministers in Rom bezüglich der bevorstehenden Verhandlungen mit dem italienischen Finanzminister Grafen Volpi und italienischen Finanzleuten hohe Bedeutung bei. **In dem Augenblick,** so schreibt der Korrespondent, **in dem die Reparationsfrage in eine neue Phase tritt,** sei es verständlich, daß die deutsche Regierung den Standpunkt der italienischen in dieser Frage klar zu kennen wünsche. An anderer Stelle fordert das Blatt Parker Gilbert auf, sich wieder darum zu kümmern, daß der Dawesplan weiter durchgeführt werde und nicht in allen Ländern den Plan zu zerstören, indem er für dessen Undurchführbarkeit predige. Mussolini hätte immer auf den Zusammenhang zwischen Reparationsschulden und interalliierten Schulden hingewiesen. Es sei zu hoffen, daß er den Absichten Parker Gilberts und Köhlers Widerstand zu leisten vermöge. — Der „Temps" erklärt im Zusammenhang mit den Ausführungen Poincarés in Carcassonne über die französische auswärtige Politik, daß somit die Frage einer Gesamtregelung der internationalen Nachkriegsprobleme auf breiter Grundlage aufgerollt wurde. Alle Gerüchte über eine Neuregelung der Schuldenfragen seien jedoch vorläufig mit größter Vorsicht aufzunehmen. Sicherheit, Reparationen, interalliierte Schulden und Räumung des Rheinlandes seien Etappen einer Gesamtlösung der Kriegsprobleme.

Das offizielle Organ der radikalen Partei, „La Voix", polemisiert heute in schärfster Weise gegen den reaktionären „Figaro", der gestern erklärt hatte, daß die Frage der Aufdrückung der Dawesobligationen nichts mit der Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung zu tun habe. Das Blatt schreibt: In einer Affäre von diesem Ausmaß tritt neben das technische Problem in verhängnisvoller Weise das politische. Keine deutsche Regierung wird der öffentlichen Meinung in Deutschland die für eine schnelle Gesamtregelung der Kriegsschulden und Reparationen notwendigen besonderen Anstrengungen aufzwingen, die für Deutschland die Aufgabe der Transfergarantieklausel mit sich bringt, wenn sie diese Operation nicht als ein Mittel zur Befreiung der Rheinlande hinstellt. Diejenigen, die versuchen, sich verzweifelt an die theoretische Unterscheidung zwischen Dawesplan und Rheinlandbesetzung anzuklammern, vergessen zu leicht die Geschichte der letzten Jahre, sie vergessen, daß die Besetzung im Versailler Vertrag als Pfand für die Ausführung der Reparationen gedacht war, sie vergessen auch die Vorgeschichte der deutsch-französischen Aussprache in Thoiry, deren direkte Konsequenz die Kombination ist, der Poincaré nunmehr seine prinzipielle Zustimmung gegeben hat.

Die Auswirkungen des Freigabe-Gesetzes.

New-York, 7. April.

Wie „Associated Preß" aus Washington meldet, wird das Schatzamt bereits in der nächsten Woche die ersten Schecks an amerikanische Empfangsberechtigte auf Grund des Freigabegesetzes absenden.

Antrag auf Ueberwachung der amerikanischen Anleihevergebung durch das Parlament.

Washington, 7. April.

Der Demokrat Celler (New-York) brachte im Repräsentantenhaus eine Vorlage betreffend die Einsetzung einer Kommission zum Studium der von amerikanischen Bankiers gewährten Auslandsanleihen und zur Ueberwachung der Auslandsanleihen-Gewährung durch die Bundesregierung, wie dies in den europäischen Ländern und in Japan üblich sei, ein. Celler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich Rumänien gegenwärtig um eine Anleihe bemühe, obwohl es durch nichts einen Anspruch auf eine solche Gunstbezeugung seitens Amerikas erworben habe. Staatssekretär Kellogg habe sich bisher über die Frage einer rumänischen Anleihe noch nicht geäußert. Andererseits habe er jedoch sich gegen eine russische Anleihe ausgesprochen, teilweise deshalb, weil Rußland seine Schulden nicht mehr anerkenne.

Das Repräsentantenhaus hat gestern mit 181 gegen 120 Stimmen die Vorlage des Abgeordneten Newton abgelehnt, der vorgeschlagen hatte, ein Einfuhrkartell zu gründen, um die ausländischen Monopole zu bekämpfen. Es sollte vor allem das deutsch-französische Kalieinfuhrkonsortium getroffen werden.

Der Sinn der Neuwahlen.

Von

Staatsminister von Loebell.

Ein Reichstagsabgeordneter erklärte 1924 einmal auf die Frage „Warum Auflösung?" ungefähr folgendes: „Ich weiß es auch nicht. Irgendeine große Frage, welche den Inhalt der Neuwahlen bilden könnte, liegt nicht vor. Und wer hat sich denn für die gangen, der Auflösung vorausgegangenen Verhandlungen im Reichstag interessiert? Wer hat sich soweit eine feste Meinung gebildet, daß er auf Grund wirklicher eigener Ueberzeugung an die Urne treten kann? Ich behaupte, daß es höchstens die Partei führer selbst sind, dem übrigen Volk ist die ganze Frage herzlich gleichgültig. Und nun sollen die Leute ihre Stimme abgeben." Auf die gleiche Frage müßte heute die gleiche Antwort erteilt werden. Die bürgerliche Koalition, die eine Reihe notwendiger und fruchtbringender Arbeiten vollendet hatte, scheiterte plötzlich, der Reichstag löste sich — man kann hier beinahe von einer deutsch-republikanischen Tradition sprechen — wie alle seine Vorgänger seit dem Umsturz auf, obgleich er noch wichtige und dringliche Aufgaben zu erfüllen und sich kein offenbarer Meinungsgegensatz zwischen ihm und dem deutschen Volke gezeigt hatte.

Warum also Auflösung? Auch in diesem Reichstage waren alle Koalitionsmöglichkeiten, die der kommende Reichstag bringen wird, vorhanden. Das Schulgesetz, an dem die Regierungskoalition zerbrach, ist in einer anderen Koalition erst recht nicht durchführbar. Der Reichstag ist also an einer Frage gescheitert, die in den Wahlen kaum zur Debatte gestellt wird. Auch diese Auflösung beweist somit wieder einmal, daß die Parteien ein Vertrauensvotum des deutschen Volkes haben wollen, daß sie verantwortungsmüde geworden sind. Die Wahlen haben einen ganz anderen Sinn bekommen: Sie dienen nicht mehr der Auswahl der Tüchtigsten, sondern der Absolution der Parteien von ihren Sünden.

Ein Wahlsystem, das durch die Listen von vornherein mindestens 80 Prozent aller Abgeordneten die Wiederkehr stets garantiert, muß unweigerlich zu einer völligen Erstarrung führen. Das Listenwahlsystem entrechtet das Volk, es schaltet es von der Auswahl seiner „Vertreter" aus, es setzt an Stelle der verantwortlichen Persönlichkeit die Herrschaft der anonymen Parteibureaukratie. Das ist längst allgemeine Erkenntnis geworden. Im Volke besteht hier eine Einheitsfront von rechts bis fehr weit nach links hinein. Rechts spottet ein Abgeordneter im „Deutschenspiegel":

> Wähler, wähle die Partei,
> Die allein dich endenfrei
> In die sieben Himmel trägt,
> Wo erst die Enttäuschung schlägt.
> Kehr' dann heim von deinen Taten
> Zu den häuslichen Penaten.
> Was versprochen war, ist nichtig,
> Und du selbst bist nicht mehr wichtig.
> Eins nur bleibt, auch wenn's vorbei:
> Die Partei, die Partei!

Links läßt sich Herr Dr. Wirth in seiner „Republik" dichten:

> Die Wähler im Land, was wissen die schon!
> Sie wählen ja doch nur die Liste!
> Abrechnung vor ihnen in eigener Person?
> Das wäre gelacht! Die Protektion
> Durch die Bonzen schmeißt ja die Liste!
> Wer brav war und immer ja gesagt,
> Der darf auf Wiederkehr zählen.
> Die Liste wird von den Jensoren gemacht!
> Die Wähler, die werden nicht lange gefragt,
> Die Wähler, die dürfen nur — wählen!

Dieser Einheitsfront im Volke steht eine parlamentarische Einheitsfront gegenüber, die den Abgeordneten immer mehr zum Beamten, zum Funktionär der Parteibureaukratie macht. Diese Einheitsfront hat sich bisher als die stärkere erwiesen. Alle Wünsche auf Ver-

Sowjet-Demagogie.

Falsche Angaben Woroschiloffs über den Abbruch der Berliner Verhandlungen

Moskau, 6. April.

In einer Rede über die internationale und die innere Lage erklärte der Volkskommissar für Kriegswesen, Woroschiloff, in einer Militärversammlung, die ziffernmäßige Stärke der Roten Armee werde in den nächsten fünf Jahren nicht erhöht werden. Im laufenden Jahre würden für den Unterhalt der Streitkräfte nicht ganz 750 Millionen Rubel verausgabt werden.

In Beantwortung einer Frage über die Verhaftungen im Zusammenhang mit der Schachty-Angelegenheit wies Woroschiloff auf die Freilassung einiger verhafteter Reichsdeutscher hin und erklärte: Das Material, das gegen die übrigen vorliegt, ist so schwerwiegend, daß sie in Untersuchungshaft behalten werden müßten. Die Voruntersuchung und das Gerichtsverfahren werden ihr Schicksal entscheiden.

*

Vorliegenden Pressemeldungen zufolge kam Woroschiloff auf den

Grund des Abbruchs der deutsch-russischen Verhandlungen

zu sprechen, wobei er erklärte, daß die russische Kommission anfänglich Besprechungen über kleine Angelegenheiten technischer Art geführt habe. Während des Fortschreitens der Verhandlungen seien wichtige Fragen berührt worden, und zwar die weitere Entwicklung des Umfanges des deutsch-russischen Handels sowie Kreditfragen. Die deutsche Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung (!) habe sich jedoch angesichts der kommenden Maiwahlen nicht sicher gefühlt, und konnte infolgedessen auf diese Fragen nicht antworten. Die Besprechungen haben sich immer weiter hingeschleppt, und der russischen Kommission sei von der Sowjetregierung die Anweisung gegeben worden, nach Moskau zurückzukehren. Die Kommission habe sich wegen technischer Umstände verspätet. In diesem Augenblick ereignete sich die Donez-Affäre. Die Deutschen haben diesen Fall ausgenutzt, um die Besprechungen abzubrechen, worauf die deutsche Presse eine Kampagne wegen der Verhaftung der deutschen Ingenieure angefangen habe. Das sei weder loyal noch taktvoll von der deutschen Regierung gewesen.

In diesem Zusammenhang wird ferner in der offiziösen „Iswestija" auf angebliche Differenzen zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie und der deutschen Schwerindustrie in bezug auf die Frage der Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland und des Abbruches der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen hingewiesen.

Wenn es sich in diesem Fall nicht um ein Mitglied der Sowjetregierung, sondern um einen untergeordneten Parteifunktionär handeln würde, so könnte man die ganze Angelegenheit mit Stillschweigen übergehen, da Verdrehungen des Tatbestandes und unmotivierte Ausfälle gegenüber der deutschen Regierung zu propagandistischen Zwecken leider in der letzten Zeit in der russischen Presse auf der Tagesordnung zu stehen scheinen. In diesem Fall jedoch, wo ein Mitglied der Sowjetregierung sich zu solchen Ausfällen gegenüber der deutschen Regierung hinreißen läßt, können diese Vorwürfe, die jeder sachlicher Unterlage entbehren, nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Wie bekannt, erfolgte die Aufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen auf Aufforderung der deutschen Regierung zu dem Zwecke, nicht über kleine Angelegenheiten technischer Art zu verhandeln, sondern um den ganzen Fragenkomplex im deutsch-russischen Geschäft, dessen unbefriedigende Entwicklung seitens der deutschen Wirtschaft Anlaß zu vielen berechtigten Klagen gegeben hatte, zu klären. Bei den Verhandlungen mit den Russen hat man sich deutscherseits die größte Mühe gegeben, den von Rußland geäußerten Wünschen näherzutreten. Von einer Unsicherheit der deutschen Regierung bei diesen Verhandlungen gegenüber den russischen Wünschen, die übrigens, wie bekannt, insbesondere betreffend der Kreditfragen sehr weitgehender Natur waren, kann überhaupt nicht die Rede sein. Auch erfolgte der Abbruch der Verhandlungen nicht in einem Augenblick, wo sie sich immer weiter hinschleppten, sondern zu einem Zeitpunkt, wo es immerhin gelungen war, eine gange Reihe Fragen zu klären.

Die russische Behauptung, daß die deutsche Regierung die Verhaftung der deutschen Ingenieure im Donez-Gebiet dazu benutzt habe, um die Besprechungen abzubrechen, ist selbstverständlicherweise vollständig abwegig und aus der Luft gegriffen, da die deutsche Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung, und entsprechend den Forderungen der deutschen Wirtschaft in diesem Falle gar nicht anders handeln konnte. Ebenso unsinnig sind die Behauptungen von Differenzen zwischen dem Reichsverbande der Deutschen Industrie und der Schwerindustrie, da die ganze deutsche Industrie sich in diesem Fall nicht nur geschlossen hinter die Regierung gestellt hat, sondern selbst von der Regierung den Abbruch der Verhandlungen gefordert hatte.

Amerika schickt das russische Gold zurück.

Keine Berücksichtigung der französischen und rumänischen Beschlagnahmeforderungen.

Kowno, 6. April.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die amerikanischen Banken die russische Goldsendung im Werte von fünf Millionen Dollar nach Deutschland abgeschickt. Vor dem hatten die Banken die Bank von Frankreich gebeten, ihnen einen Beweis dafür zu liefern, daß das Gold dasselbe sei, das die Bank während der Revolution in Petersburg deponiert hatte. Die Beweisgründe der Bank von Frankreich wurden von den amerikanischen Banken für nicht stichhaltig erachtet, während die Staatsbank der Sowjetunion beweisen konnte, daß Rußland dieses Gold nach der Revolution erworben habe. Die Ansprüche der rumänischen Regierung auf das russische Gold wurden überhaupt nicht berücksichtigt.

Nach einer Meldung aus Washington läßt man dort durchblicken, daß in dieser Angelegenheit zwischen Rußland und Frankreich ein geheimes Abkommen erzielt worden sei.

Rußlands Wirtschaftsverhandlungen mit Polen und Tschechoslowakei.

Warschau, 7. April.

Der sowjetrussische Gesandte Bogomoloff hat sich nach Moskau begeben. Man vermutet, daß seine Reise mit der Frage der Aufnahme der polnisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen zusammenhängt.

Prag, 7. April.

Der Prager Vertreter der Sowjetunion Ovsejenko erklärte einem Pressevertreter über die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Sowjetrußland, bisher habe lediglich ein vorläufiger Meinungsaustausch über die Grundlage der bevorstehenden Verhandlungen stattgefunden, über die sich beide Seiten leicht verständigt hätten. Sowjetrußland könne in der von tschechoslowakischer Seite aufgeworfenen Frage des Einfuhrkontingents nicht nachgeben. Auf beiden Seiten bestehe der Wunsch, mit den Verhandlungen nicht später als im Juni zu beginnen.

OB EINBRUCH
OB BRAND...
HÄLT STAND
C. ADE, INH. HERM. KADE · GELDSCHRANK- u. TRESOR BAU · BERLIN-REINICKENDORF · AMRUF: REIN. 56-58